

# FLÜCHTLINGSRAT BERLIN e.V.

+++ menschenrechte kennen keine grenzen +++

Georgenkirchstraße 69/70 • 10249 Berlin • Tel.: (030) 2 43 44 – 57 62  
Fax: - 57 63 • buero@fluechtlingsrat-berlin.de • www.fluechtlingsrat-berlin.de



## Infobrief

Juni 2006

mit den Sitzungsprotokollen vom 17. Mai und 07. Juni 2006

### I. Termine

**30.06.2006**

**„Die europäische Harmonisierung des Asyl- und Einwanderungsrechts“**, Fortbildung des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO), DozentInnen: Katharina Wegner, Referentin im DWEKD, Berlin, Dr. Roland Bank, Legal Officer, UNHCR Berlin, Zeit: 10.00 - 16.45 Uhr, Ort: Haus der Diakonie, Paulsenstrasse 55, 12163 Berlin-Steglitz, Anmeldung: Schriftlich per Brief, Fax oder online, Informationen unter Tel. 030/ 82097-117, Andreas Feldmann

**04.07.2006**

**"Rechtliche und soziale Ansprüche von in Deutschland lebenden EU-Bürgerinnen und Bürgern"**, Fortbildung des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO) Zeit: 10.00 - 16.45 Uhr, Ort: Haus der Diakonie, Paulsenstrasse 55, 12163 Berlin-Steglitz, Dozentinnen: Rechtsanwältin Gabriele Hölzl, Rechtsanwältin Kleta Griebhaber, Anmeldung: Schriftlich per Brief, Fax oder online, Informationen unter Tel. 030/ 82097-117, Andreas Feldmann

**29.07.-05.08.2006**

**Internationale Refugee Human Rights Tour**, Nürnberg/Neuburg/Landshut/München, Flüchtlingslager abschaffen, Ausgrenzung und Isolation beenden, Bleiberecht. Informationen: Bayerischer Flüchtlingsrat, Augsburg Strasse 13, 80337 München, Tel.: 089/ 76 22 34, Fax: -76 22 36, kontakt@deutschland-lagerland.de, www.deutschland-lagerland.de

**23.08.2006**

**Vorankündigung: „Geburtstagsfeier“ zum 25jährigen Bestehen des Flüchtlingsrates Berlin**, „Menschenrechte kennen keine Grenzen“, Zeit: Beginn 19.00 Uhr, Ort: GRIPS Theater, Altonaer Strasse 22, 10557 Berlin, U-Bhf. Hansaplatz, Anmeldung an den Flüchtlingsrat schriftlich oder per Fax: 030/ 24344-5763 (Anmeldebogen)

## II. Recht/Urteile

LSG Hamburg L 4 B 84/06 ER AY, B.v. 27.04.06,  
LSG Sachsen-Anhalt L 8 B 13/05 AY ER, B.v.  
07.03.06, und LSG NRW L 20 B 9/06 AY ER, B.v.

08.05.06: **Möglichkeit der „freiwilligen Ausreise“** geduldeter Flüchtlinge ist **kein Kriterium für den Ausschluss von höheren Leistungen nach dem SGB XII.**

Aus der Infomail von Georg Classen:

Das LSG Hamburg macht deutlich: "Würde die freiwillige Ausreisemöglichkeit bereits dazu führen, dass Analogleistungen ausgeschlossen wären, liefe § 2 AsylbLG leer, denn die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise besteht - außer im Fall der Einreiseverweigerung des (wieder-)aufnehmenden Staates (etwa wegen fehlender Reisedokumente) - grundsätzlich immer."

Die (bloße) Ausnutzung der Rechtsposition einer Duldung sei nicht rechtsmissbräuchlich, obwohl damit die Aufenthaltsdauer beeinflusst wird (so auch LSG Nds-Bremen L 7 AY 51/05 v. 20.12.05, LSG Sachsen L 3 B 179/05 AY-ER v. 09.02.06). Ein Absehen von einer Abschiebung seitens der Ausländerbehörden dürfe nicht den Betroffenen angelastet und ihnen deswegen Rechtsmissbrauch vorgeworfen werden.

Das LSG Hamburg stellt weiter klar, dass nach 36 Monaten - entgegen der üblichen Praxis - Leistungen analog SGB XII für Geduldete der Regelfall sind: "Nach 36monatiger Bezugsdauer nach § 3 können die erhöhten Leistungen nur noch in wenigen Ausnahmefällen versagt werden, wenn dem Leistungsberechtigten ein entsprechendes Fehlverhalten vorgeworfen werden kann."

Zugleich haben die genannten Gerichte auch die Eilbedürftigkeit ("Anordnungsgrund") von Verfahren nach § 2 AsylbLG bejaht. ...

Demgegenüber scheinen das LSG Bayern sowie das LSG Berlin-Brandenburg - anders als die zuvor zuständigen dortigen oberen Verwaltungsgerichte - Antragstellern in Sachen § 2 AsylbLG in verfassungsrechtlich fragwürdiger Weise den einstweiligen Rechtsschutz zu verweigern. Die genannten Gerichte muten den Betroffenen offenbar eine - rückwirkend nicht wieder gut zu machende - jahrelange Leistungsabsenkung bis zu einer möglichen Hauptsacheentscheidung zu, was angesichts der in Bayern allgemein und in Brandenburg teilweise üblichen Sachleistungen und Einweisung in Sammellager, aber auch angesichts der seit 1993 ausgebliebenen Anpassung des Leistungsniveaus des § 3 AsylbLG an die Preisentwicklung mehr als problematisch erscheint. Die mit Aktenzeichen zitierten Entscheidungen sind unter <http://www.sozialgerichtsbarkeit.de> erhältlich. Fundstellen und inhaltliche

Zusammenfassungen aller Entscheidungen finden sich in folgenden Rechtsprechungsübersichten:

Rechtsprechungsübersichten zum Flüchtlingssozialrecht (urteile2.pdf, urteile2.doc) mit zahlreichen Fundstellen und Entscheidungen zum AsylbLG finden sich unter <http://www.fluechtlingsrat-berlin.de>

-> Gesetzgebung; Rechtsprechungsübersichten

**Anwaltsdatenbank Berlin: LABO: Libanesische Botschaft stellt bei Mitwirkung für Palästinenser aus dem Libanon angeblich Pässe aus** - Änderung der Weisung E.Lib.3 beantragt (Dokument über den Flüchtlingsrat erhältlich)

**Informationen aus dem Bundestag**

### 1. Situation der Baha'i im Iran

Der Bundesregierung liegen derzeit keine Erkenntnisse über eine systematische Verfolgung der Baha'i im Iran vor. So lautet ihre Antwort (16/1635) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (16/1480). Gleichwohl könne man von einer anhaltenden Diskriminierung sprechen. Beispielsweise seien die Zulassungsvoraussetzungen zu Hochschulen für Baha'i-Mitglieder nach wie vor schwierig. Auch in manchen iranischen Medien gebe es Kampagnen gegen Angehörige der Baha'i. Die Bundesregierung besitze jedoch keine Informationen, welche Personen oder Institutionen ein Interesse daran haben, die diskriminierenden Maßnahmen gegenüber den Baha'i im Iran aufrechtzuerhalten. Bundesregierung und EU hätten im Übrigen mehrfach Menschenrechtsverletzungen an Baha'i gegenüber Teheran durch Demarchen zur Sprache gebracht, zuletzt im April dieses Jahres.

### 2. Verfolgung Homosexueller in Kamerun

Nach kamerunischen Recht sind homosexuelle Handlungen Straftaten. In der Praxis werden sie nicht systematisch, sondern nur in Einzelfällen verfolgt, teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/1713) auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (16/1521) mit. Aufgrund der Rechtslage seien Homosexuelle gezwungen, ihre Beziehungen zu verbergen. (Weitere Infos: [Stefan\\_Kessler\\_02@yahoo.de](mailto:Stefan_Kessler_02@yahoo.de))

### Ungarische Pässe für Jugoslawenn/innen

Nach Auskunft des Raphaelswerks Hannover haben Jugoslawen/innen ungarischer Abstammung seit April 2006 die Möglichkeit, einen ungarischen Pass bei der Botschaft Ungarns zu beantragen. Die Erteilung eines Passes hat weitreichende Konsequenzen für das Aufenthaltsrecht der Betroffenen, die als EU-Bürger/innen einen Anspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis haben dürften.

Quelle: Kai Weber, Niedersächsischer Flüchtlingsrat Langer Garten 23 B, 31137 Hildesheim  
Tel. 05121 - 15605, Fax 05121 - 31609

## III. Materialien

„Situation in der Abschiebungs-**Haft verbessern vermeiden**. Aktionskreis Abschiebungshaft Berlin. Aktualisierte Fassung 2006, Hrsg.: Jesuiten-Flüchtlingsdienst Berlin, Tel.: 030/ 3260-2590, Fax: -2592, [www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de](http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de)

Asylmagazin 5/2006, **Rechtsprechungsfokus: Geschlechtsspezifische Verfolgung: Das neue Flüchtlingsrecht in der Praxis**, Autorinnen: Marei Pelzer, Frankfurt/Main (PRO ASYL) und Alison Pennington, Attorney, Philadelphia, USA, derzeit Heidelberg, Hrsg.: Informationsverbund Asyl e.V., Greifswalder Strasse 4, 10405 Berlin, Fax: 030/ 4679 3329, redaktion@asyl.net, www.asyl.net

**!! JETZT AUF CD-ROM !! !! JETZT AUF CD-ROM**

13. aktualisierte Auflage  
Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik  
und ihre tödlichen Folgen (1993 bis 2005)  
Die Dokumentation umfasst Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen; Selbsttötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor und während Abschiebungen. Misshandlungen und Folter nach Abschiebungen. Die Zusammenstellung umfasst auch Brände und Anschläge auf Flüchtlingssammellager. Die beschriebenen über 4700 Einzelschicksale machen deutlich, dass die Chance, in der BRD Schutz und Sicherheit zu finden gegen Null läuft. Die Lebensbedingungen für Flüchtlinge sind heute brutaler denn je. Zusätzlich zum Gesamt-Text der auch in Heftform erscheinenden Chronologie sind auf dieser CD-ROM Einzelthemen herausgegriffen, um das Arbeiten mit dem Inhalt entsprechend der Zielthematik zu erleichtern. Alle Themen liegen in pdf- und rtf-Formaten vor.  
Die CD-ROM kostet 13,00 € (plus 1,60 € Porto und Verpackung). Zum gleichen Preis ist das HEFT (DIN A4 – 356 Seiten; Ringbindung) erhältlich bei der Antirassistischen Initiative Berlin.  
BESTELLUNG auch unter: <http://www.antirar.de/doku/bestell.htm>  
Antirassistische Initiative Berlin  
Dokumentationsstelle, Mariannenplatz 2 - 10997 Berlin - Haus Bethanien - Südflügel  
Kontakt: ari-berlin-dok@gmx.de - Fon 030 743 95 432 - Fax 030 627 05 905  
"Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen": [www.antirar.de/doku/titel.htm](http://www.antirar.de/doku/titel.htm)

**Die Türkei in Europa** – ZAG, Antirassistische Zeitschrift, Nummer 48, Frühjahr 2006, Hrsg.: Antirassistische Initiative e.V., Anschrift: ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustrasse 2a, 10961 Berlin, Tel.: 030/ 785 72 81, Fax: -691 30 05, redaktion@zag-berlin.de

**Dokumentation zum 16. Jahrestag der Hinrichtungswellen** (Sommer 1988) und 12. Jahrestag des Mykonos-Attentats in Berlin (Sep. 1992), Hrsg.: Verein Iranischer Flüchtlinge Berlin e.V., Reuterstrasse 52, 12047 Berlin, Sommer 2005, Tel.: 030/ 6298 1530, Fax: -1531, vereinIranischerFluechtlinge@gmx.de

**Grundrechte-Report 2006:**

Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland  
Fischer Taschenbuch Verlag; Juni 2006  
ISBN 3-596-17177-6, Herausgeber: T. Müller-

Heidelberg, U. Finckh, E. Steven, J. Kühn, J. Micksch, W. Kaleck, M. Kutscha, R. Gössner, F. Schreiber; Humanistische Union, Gustav Heinemann-Initiative, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bundesarbeitskreis Kritischer Jura-Gruppen, PRO ASYL, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen . Internationale Liga für Menschenrechte, Neue Richtervereinigung. Ab sofort im Buchhandel. Rezensionsexemplare bitte direkt über den Fischer-Taschenbuch-Verlag, Hedderichstr. 114, 60596 Frankfurt/Main bestellen, Telefon 069/6062-0, Fax 069/6062-319, 069-6062 414, Internet: [www.grundrechte-report.de](http://www.grundrechte-report.de)

**Verfassungsschutzbericht 2005 vorgestellt**

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble hat am 22.05.2006 in Berlin den Verfassungsschutzbericht 2005 vorgestellt. Eine Vorabfassung ist abrufbar unter: [www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2006/Verfassungsschutzbericht\\_\\_2005\\_\\_de,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Verfassungsschutzbericht\\_2005\\_de.pdf](http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2006/Verfassungsschutzbericht__2005__de,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Verfassungsschutzbericht_2005_de.pdf)

**Aus der Infomappe PRO ASYL Nr. 112 (Mai 2006)**

Am 10. Mai 2006 hat der **Parlamentarische Staatssekretär Peter Altmaier** auf dringliche Fragen des Abgeordneten Volker Beck (Bündnis 90 / Die Grünen) geantwortet . Beck hatte nach dem **Ergebnis der Innenministerkonferenz** gefragt und die Bundesregierung darum gebeten, die Tatsache zu bewerten, dass es zu keiner Lösung für die Dauergeduldeten gekommen sei. Er wollte wissen, welche zeitlichen Vorstellungen die Bundesregierung zur Lösung dieses Problems habe. Altmaier weist in seiner Antwort darauf hin, dass der Vorsitzende der Innenministerkonferenz den Länderinnenministern am 9. März 2006 vorgeschlagen habe, die Evaluation des Zuwanderungsgesetzes abzuwarten, um auf deren Grundlage zu einer Lösung zu kommen. Eine Arbeitsgruppe auf Ministerebene solle dann nach Vorliegen des Evaluationsberichtes einberufen werden, um gegebenenfalls eine Altfallregelung auszuarbeiten, die auf der Innenministerkonferenz im Herbst beschlossen werden könnte. Obwohl bereits Ende März ein zweitägiger Erfahrungsaustausch von Praktikern zu den Effekten des Zuwanderungsgesetzes stattgefunden hat – vertreten war auch PRO ASYL – wird es noch bis Ende Juni dauern, bis ein Evaluationsbericht erarbeitet wird. Geht es um konstruktive Lösungen, mahlen die Mühlen der Politik besonders langsam. Währenddessen gehen die Abschiebungen Betroffener weiter.

In Berlin bewegt der Fall der **Familie Aydin** weiterhin die Gemüter . Der **Petitionsausschuss** des Berliner Abgeordnetenhauses hatte es Ende April mit knapper Mehrheit abgelehnt, sich gegenüber dem Innensenator für ein Bleiberecht der Familie einzusetzen. Der Ausschussvorsitzende

Ralf Hillenberg (SPD) hatte in einem Interview das Votum kommentiert und sich auf die angebliche PKK-Nähe des Vaters und dessen Beteiligung am "Sturm einer kurdischen Organisation auf das israelische Konsulat" im Jahre 1999 bezogen. Er äußerte die Vermutung, dass die Härtefallkommission diese Hintergründe nicht kenne und dies zu der Empfehlung geführt habe. Der Vertreter des Erzbistums Berlin in der Härtefallkommission Pater Klaus Mertes von den Jesuiten nahm daraufhin am 25. April 2006 in einer Presseerklärung Stellung. Im Asylverfahren sei Herr Aydin gerade mit der Begründung abgelehnt worden, dass er bei seiner Rückkehr nicht gefährdet wäre, weil er nur ein kleines Licht gewesen sei. Das Gericht habe dies in Kenntnis der Ereignisse vor der israelischen Botschaft im Jahre 1999 so gesehen. Im übrigen gebe es im Fall von Herrn Aydin kein einziges Urteil, dass er bei seiner exilpolitischen Betätigung oder in sonstiger Weise strafrechtlich in Erscheinung getreten wäre.

Der Kölner Rechtsanwalt Wolfgang Schild hat sich in einem 27seitigen Beitrag unter der Überschrift "Aufenthaltsurlaub wegen Artikel 8 EMRK" mit der Frage beschäftigt, inwieweit sich aus dem das Privatleben schützenden Artikel der EMRK Folgerungen für Menschen mit Dauerduldung herleiten lassen. Aus Artikel 8 EMRK könne sich im Einzelfall ergeben, dass ein Ausländer etwa nach einem langen Aufenthalt im Aufenthaltsstaat, nicht mehr darauf verwiesen werden dürfe, in das Land seiner Staatsangehörigkeit zurückzukehren, sondern dass sein Aufenthalt zu legalisieren sei. Artikel 8 EMRK enthalte insofern gleichsam eine spezifische **menschenrechtliche Altfallregelung**, wobei darauf hinzuweisen sei, dass sich damit die Bedeutung der Norm nicht erschöpfe.

**Familienasyl** darf nicht mit der Begründung versagt werden, dass die Asylanerkennung des stammberechtigten Vaters zu widerrufen sei, solange das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein Widerrufsverfahren noch nicht einleitet. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht am 11. Mai 2006 entschieden.

Anlässlich der **6. Fachtagung gegen Abschiebungshaft in Paderborn** haben haupt- und nebenamtlich in der Abschiebungshaft Tätige aus Deutschland, Frankreich und den Niederlanden die rechtswidrige Praxis bei Abschiebungshaft kritisiert. Es sei zu befürchten, dass die Harmonisierungsbestrebungen auf EU-Ebene dazu führen würden, dass die Abschiebungshaft in Zukunft noch zunehmen werde und immer mehr Menschen, die nichts verbrochen hätten, im Gefängnis landeten.

Der **Verein "Hilfe für Menschen in Abschiebungshaft Büren e.V."** erhält den **Aachener Friedenspreis**. Die Preisverleihung erfolgt am diesjährigen Antikriegstag, dem 1. September 2006. Mit dem Verein wird eine Initiative ausgezeichnet, die zum einen individuelle Beratung und Hilfe für Abschiebungshaftgefangene

anbietet, zum anderen aber auch in der Öffentlichkeit dafür eintritt, dass die Abschiebungshaft abgeschafft wird

Für die **Rückführung von afghanischen Staatsangehörigen** mittels Flugzeug hat die afghanische Fluggesellschaft Ariana Afghan Airlines einen neuen Kooperationspartner. Es handelt sich nach Angaben der Clearingstelle Rheinland-Pfalz für Flugabschiebung und Passbeschaffung um die Firma Airline Management Company AVIAREPS in Mörfelden-Walldorf. Bereits seit März können afghanische Staatsangehörige, die ohne Begleitung fliegen, dort gebucht werden – zu einem Preis von ca. 750 Euro. Abschiebungsflüge mit Sicherheitsbegleitung nach Afghanistan sind allerdings nur mit der Pakistan International Airlines (PIA) möglich, solange AVIAREPS und Ariana noch nicht die notwendigen Absprachen getroffen haben. Ob dies in der Zwischenzeit der Fall ist, ist nicht bekannt.

Die Deutsch-kaukasische Gesellschaft e.V. hat sich in einer Presseerklärung am 1. Mai 2006 zum **Umgang Deutschlands mit tschetschenischen Flüchtlingen** geäußert. Viele von ihnen, darunter auch Menschen, die Folter erlitten haben, werde das Recht auf Asyl verweigert oder im Asylverfahren jahrelang nicht entschieden. Die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft werden aufgefordert, sich für ein Bleiberecht für tschetschenische Flüchtlinge in Europa einzusetzen.

## IV. Protokollnotizen

### Sitzung vom 17. Mai 2006

Anwesend ca. 30 Teilnehmer/innen

### Gespräch mit Rainer-Michael Lehmann; Migrationspolitischer Sprecher der FDP im Abgeordnetenhaus

Rainer-Michael Lehmann ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender und zuständig für die Themen: Migration, Bildung und Soziales. Er ist Mitglied des Petitionsausschusses im Abgeordnetenhaus. Er vermittelte für den Gesprächskreis „Bleiberecht“, in dem er mitarbeitet, Gespräche mit dem innenpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Dr. Max Stadler. Die FDP hatte einen eigenen Gesetzentwurf zum Zuwanderungsgesetz erarbeitet, der eine Bleiberechtsregelung (in Abhängigkeit vom Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses) enthielt. Herr Lehmann äußerte sich zu einigen Schwerpunkten der Flüchtlingspolitik auf Berliner Ebene. Er stellte den Anspruch der **Ausländerbehörde** auf eine „Dienstleistungsbehörde“ angesichts der aktuellen Informationen zur Arbeit der Behörde in Frage. Er kritisierte die Entscheidungspraxis des Innensenators gegenüber den Ersuchen der **Härtefallkommission**. Als Beispiel nannte er den Fall der Familie Aydin. (Vgl. Presseerklärung von Rainer-Michael Lehmann vom 25.04.2006: „Senator Gnadenlos - Körting profiliert

sich rücksichtslos auf Kosten einer rechtschaffenen Familie“)

Der Begriff der **Integration** müsse neu definiert werden. Integration bedeutet auch Anforderungen an die Deutschen, z.B. an die Ausländerbehörde. Es müsse außerdem die Frage gestellt werden, wie die nicht „integrationsbereiten“ Migranten erreicht werden können.

In der Diskussion deutete Herr Lehmann die Möglichkeit der Unterstützung eines Antrages von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus zu einer **Abschiebestopp** für von einer **Bleiberechtsregelung** Betroffenen an. Zur Frage der sozialen und medizinischen Rechte von „**Illegalen**“ sei eine große Anfrage an den Senat erarbeitet worden, die wahrscheinlich erst in der nächsten Legislaturperiode eingereicht werden könne. Zum Thema der Situation **minderjähriger Flüchtlinge** wurde mit AK Junge Flüchtlinge des Flüchtlingsrates ein gesonderter Termin vereinbart. Weitere Infos zu den Schwerpunkten Integration und Flüchtlinge: [www.fdp-fraktion-berlin.de](http://www.fdp-fraktion-berlin.de)

### **Traumatisierte Flüchtlinge aus dem Kosovo - Umsetzung der aktuellen Weisung**

Joachim Ruffer vom Behandlungszentrum für Folteropfer gab aktuelle Informationen zur Weisung für traumatisierte Flüchtlinge aus dem Kosovo (Weisungsordner E.Serb.5, 04.05.2006) Bei bereits erfolgten Ablehnungen von Asylanträgen durch das Bundesamt, bleibt dieses weiter zuständig. Die Betroffenen werden nicht von der Weisung erfasst. Für volljährig gewordenen Familienmitglieder kann sich in Zusammenhang mit Art.6 Abs. 1 GG im Rahmen einer Betreuungsgemeinschaft ein Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis ergeben.

### **Sitzung vom 07. Juni 2006**

Anwesend: ca. 25 Teilnehmer/innen

### **Gespräch mit Volker Ratzmann, Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus**

Volker Ratzmann ging zunächst auf den Gesetzgebungsprozess des Zuwanderungsgesetzes und auf die Erwartungen seiner Fraktionen zur Umsetzung des Gesetzes in Berlin. Diese hätten sich nicht erfüllt, da der Senat die vorhandenen Spielräume bei der Umsetzung des Gesetzes nur unzureichend genutzt hätte. Ausgehend von einem aktuellen Papier von Bündnis 90/ die Grünen im Abgeordnetenhaus zur Integrationspolitik erläuterte die entsprechenden Positionen seiner Fraktion („Integrationspolitik konkret, 15 Vorschläge für Berlin. Integration – politische Herausforderung der interkulturellen Stadtgesellschaft“, Berlin 16. März 2006).

Volker Ratzmann sprach sich für eine Aufwertung der **Integrationspolitik** in Berlin aus. Diese erfordere strukturelle Veränderungen, so die Schaffung einer Senatsverwaltung für Integration. Das Amt des Beauftragten für Integration und Migration sollte direkt bei der Senatskanzlei angesiedelt werden (bisher der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz

unterstellt). Die **Ausländerbehörde** müsse in ihrer derzeitigen Form aufgelöst und dezentrale Anlaufstellen in den Bezirken geschaffen werden. Volker Ratzmann kritisierte im Zusammenhang mit aktuellen Fragen der Flüchtlingspolitik in Berlin den Umgang des Innensenators mit Ersuchen der **Härtefallkommission**. Er verwies auf einen früheren Gesetzentwurf seiner Fraktion zur Umsetzung der Härtefallregelung in Berlin. Dieser sah u.a. eine Erweiterung der Kommission und eine Verpflichtung des Innensenators zu schriftlichen Begründungen seiner Entscheidungen vor. Die Initiative des Innensenators für eine **Bleiberechtsregelung** sollte einher gehen mit einem **Abschiebestopp** für die potentiell Betroffenen. Der Innensenator bewerte eine solche Regelung als rechtswidrig.

Zur Gewährleistung der sozialen und medizinischen Versorgung von **Menschen ohne Papiere** sollte eine Fonds (Spenden) aufgelegt werden. Mit einer Dienstanweisung des Innensenators können auch die Frage des Schulbesuchs geregelt werden. Die Chancen für eine parlamentarische Initiative zur Legalisierung von Menschen ohne Papiere schätzte Volker Ratzmann zurückhaltend ein.

In der anschließenden Diskussion wurde von Mitgliedern des Flüchtlingsrates unter Bezugnahme auf das o.g. Papier die Notwendigkeit bekräftigt, mehr Beachtung den Integrationsverboten für Flüchtlinge (Arbeitsverbot, Asylbewerberleistungsgesetz...) zu schenken. ([www.gruene-berlin.de](http://www.gruene-berlin.de))

### **Situation afghanischer Flüchtlinge**

Angesichts der Verschärfung der Sicherheitslage hat PRO ASYL in einer Presserklärung vom 31. Mai 2006 einen sofortigen Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Afghanistan gefordert. In Berlin sind ebenfalls afghanische Flüchtlinge (einige waren auf der Sitzung anwesend) von Abschiebung bedroht. Dem Flüchtlingsrat ist ein Fall einer jungen Frau bekannt, die abgeschoben werden soll. Ihr Mann lebt in Bayern und bemüht sich dort um Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. Eine sogenannte Umverteilung der Frau zu ihrem Mann wurde bisher von den bayerischen Behörden abgelehnt. Die Abschiebung der jungen Frau und ihres Bruders, der ebenfalls nur im Besitz einer Grenzübertrittsbescheinigung ist, wurde kurzfristig nur durch die Stellung eines Asylfolgeantrags ausgesetzt.

Der Flüchtlingsrat setzt sich für den Erlass eines Abschiebestopps auf Berliner Ebene ein.

### **Fortsetzung der Kampagne „Hier geblieben!“**

In Berlin wird das 6. Berliner Symposium zum Flüchtlingsschutz genutzt werden um öffentlich im Rahmen einer **Kundgebung am 19.06.2006** der „Abschiebe - Politik Deutschlands die Rote Karte zu zeigen“. Luftballons mit an den Bundesinnenminister adressierten Karten sollen symbolisch diesen zum Erlass einer großzügigen Bleiberechtsregelung auffordern. Das Netzwerk „Jugendliche ohne Grenzen“ wird wie das GRIPS Theater zur nächsten Innenministerkonferenz in Nürnberg (16.-17.11.2006) präsent sein. [www.hier.geblieben.net](http://www.hier.geblieben.net)

## V. Aktuelles

### **Abschiebestopp für potentiell Betroffene einer Bleiberechtsregelung**

Der erwähnte Antrag von Bündnis 90 /Die Grünen steht auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung des Innenausschusses im Abgeordnetenhaus am 26. Juni 2006 (Beginn 10.00 Uhr, Punkt 6 der Tagesordnung, Raum 311Anmeldungen über den Besucherdienst – Tel.: 2325-0).  
der Flüchtlingsrat hatte sich zuvor an die anderen Fraktionen mit Schreiben vom 19.05.2006 gewandt und diese um Unterstützung des Antrages gebeten. Dabei erinnerte der Flüchtlingsrat an den Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 03. Juni 2004 zu einer Initiative des Senates für eine Bleiberechtsregelung im Rahmen der der Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz

### **Rücktritt der flüchtlingspolitischen Sprecherin der Fraktion der Linkspartei.PDS im Abgeordnetenhaus**

Aus Protest gegenüber der unnachgiebigen Haltung des Berliner Innensenators im Fall der Familie Aydin legte Karin Hopfmann, flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion der Linkspartei.PDS ihr Amt nieder (Presseerklärung vom 06.06.2006). Auch nach einem persönlichen Gespräch mit den Betroffenen änderte der Innensenator nicht seine ablehnende Entscheidung gegenüber dem positiven Ersuchen der Härtefallkommission. (Pressemeldung der Bürgerinitiative vom 02.06.2006). Für Karin Hopfmann verspielte der Innensenator damit die Chance für ein neues Modell zur Integration von Flüchtlingsfamilien, für die Familie Aydin beispielhaft steht.

### **Deutschland ist Abschiebe-Weltmeister!**

Mit einem Pressegespräch am 30. Mai 2006 startete PRO Asyl eine bundesweite Plakat- und Unterschriftenkampagne: „Deutschland wird Abschiebeweltmeister“. Mit der Kampagne macht PRO ASYL auf die Situation 140.000 in Deutschland langjährig nur geduldeter Flüchtlinge aufmerksam, die weiter von der Abschiebung bedroht sind. Mit dem Aufruf „Rote Karte für Deutschlands Abschiebetaktik“ soll der Anstoß dafür gegeben werden, dass der Deutsche Bundestag endlich eine großzügige Bleiberechtsregelung verankert.  
Infos und Materialien zum download:  
[www.proasyl.de](http://www.proasyl.de).

### **Antirassistische Telefon-Hotline während der Fußball-Weltmeisterschaft:**

World Cup Racism Help Line - Selbstorganisierte Hilfe und Beratung bei rassistischen Übergriffen. Eine Initiative von Betroffenen und nichtstaatlichen Beratungsstellen in Berlin und Brandenburg.  
Am 8. Juni wird im Raum Berlin/Brandenburg eine 24 Stunden Notrufhotline für den gesamten Zeitraum der WM geschaltet. Opfer von rassistischer und rechtsextremer Gewalt erhalten dort Hilfe. Angeboten wird eine erste Beratung am Telefon in sechs verschiedenen Sprachen. Bei Bedarf werden Betroffene an professionelle

Opferberatungsstellen weitergeleitet.

Notrufnummern:

Deutsch: 0160/ 5785085

Englisch: 0170/ 6094241

Spanisch: 0175/ 3715473

Französisch: 0151/ 18939081

Portugiesisch: 0160/ 6097023

Türkisch: 0170/ 6094258

Im Vorfeld der WM haben die alltäglichen rassistischen Angriffe mehr Gehör gefunden. In der derzeitigen Debatte scheint es mehr um den Imageschaden für Deutschland zu gehen als um eine tatsächliche Auseinandersetzung mit Rassismus und Hilfe für Betroffene. Die Erfahrungen mit dem Umgang rassistischer Gewalt seitens der Polizei und anderer staatlicher Organe, machen eine Alternative notwendig.

World Cup Racism Help Line Team

[www.racismhelpline.de](http://www.racismhelpline.de)

[racism.help.line@gmx.net](mailto:racism.help.line@gmx.net)

### **Verhaltenstipps für potentielle Opfer rassistischer Übergriffe**

Kurz vor Beginn der Fußball-WM 2006 haben der Afrika-Rat und die Internationale Liga für Menschenrechte eine Ratgeber-Website eröffnet, auf der in fünf Sprachen Verhaltenstipps für potentielle Opfer von rassistischen Übergriffen veröffentlicht werden ([www.prevent-racist-attack.org](http://www.prevent-racist-attack.org)). Diese Ratschläge resultieren aus einer öffentlichen Debatte um rassistische Gewalt und "No-go-Areas" in Deutschland anlässlich der Fußball-WM 2006, eine Debatte, die im wesentlichen durch eine gemeinsame Pressemitteilung der Liga und des Afrika-Rats bereits Ende April 2006 ausgelöst worden ist  
Kontakt bzgl. der Verhaltenstipps:  
[racism@prevent-racist-attack.org](mailto:racism@prevent-racist-attack.org)  
[www.afrika-rat.org](http://www.afrika-rat.org), [racism@ilmr.de](mailto:racism@ilmr.de)  
[www.ilmr.org](http://www.ilmr.org)

### **Zahl der Abschiebungen in Berlin**

In Berlin ist die Zahl der Abschiebungen von Ausländern innerhalb von fünf Jahren von 4.000 auf 1.400 gesunken. Diese Zahlen teilte Innensenator Ehrhart Körting (SPD) gestern auf eine entsprechende Anfrage im Abgeordnetenhaus mit. Auch die Zahl der Ausländer, die im Abschiebe-gewahrsam inhaftiert waren, ist deutlich gesunken: Von 3.300 im Jahr 2.000 auf 1.100 im Vorjahr. Als Begründung für den Abschieberückgang nannte die Innenverwaltung beispielsweise die EU-Osterweiterung im Jahr 2004. Durch sie sei ein großer Teil der Bescheide hinfällig geworden, da EU-Bürger besser gestellt sind als andere. Zudem sei bundesweit auch die Zahl der Asylbewerber gesunken, und zwar von 100.000 im Jahr 1998 auf 29.000 im Jahr 2005.

Wie Körting weiter mitteilte, seien zum Ende des letzten Jahres 19.787 Personen in Berlin ausreisepflichtig gewesen. Dass sie nicht abgeschoben werden, liege am Widerstand vieler Länder. Knapp 30 Länder der Welt gelten als „Problemstaaten“. Quelle: TAGESSPIEGEL vom 09.06.2006, Link zum Artikel:[www.archiv.-tagesspiegel.de/archiv/09.06.2006/2583126.asp](http://www.archiv.-tagesspiegel.de/archiv/09.06.2006/2583126.asp)

### **Kritische Bilanz zur Abschiebungshaft**

Auf einer Pressekonferenz am 16. Mai 2006 stellte der Aktionskreis Abschiebungshaft, dem Kirchen, Verbände und Organisationen wie der Flüchtlingsrat angehören eine kritische Bilanz zur Situation in Abschiebungshaft: "Situation von Abschiebungshäftlingen bleibt verbesserungswürdig". Der Aktionskreis Abschiebungshaft in Berlin beobachtet einen Rückgang der Zahl der Inhaftierten, stellt demgegenüber einen Anstieg der durchschnittlichen Verweildauer in Haft fest. Die Praxis der Ausländerbehörde sei nicht ausreichend auf Haftvermeidung ausgerichtet, von Alternativen zur Haft würde zu wenig Gebrauch gemacht. Mit Nachdruck wird gefordert, dass schwangere Frauen, Eltern von minderjährigen Kindern und Menschen mit behandlungsbedürftigen Krankheiten nicht inhaftiert werden dürfen. Vertreter des Aktionskreises werden am 14.06.2006 ein

Gespräch mit dem Innensenator führen.

Das Positionspapier findet sich zum download auf der Website des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes ([www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de](http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de)) (s. auch Punkt Materialien)

## **VI. Verschiedenes**

### **Filmtipp: Kuss Kuss - Dein Glück gehört mir!**

Ein Film von Sören Senn, mit Unterstützung von PRO ASYL. „Mit Kuss Kuss gelingt Sören Senn die teils heitere, oft melancholische Erzählung einer Ménage-à-trois, die nebst lebensnahen „Nicht-Lösungen“ in mediterraner Leichtigkeit über vermeintlich schwere Themen wie Zivilcourage und Asyl reflektiert.“ (Auszug aus dem Programmheft) [www.kusskuss-derfim.de](http://www.kusskuss-derfim.de)

### **Trauer um Prof. Dr. Awni Karoumi** (geb. 22.07.1945 in Mosul Ninive, Irak)

Aus der Pressemitteilung des Masrah-Theaters:

Wir trauern um unseren 1. Vorsitzenden Dr. Awni Karomi. Sein unerwarteter und plötzlicher Tod am Abend des 27. Mai 2006 im frühen Alter von 61 Jahren erscheint uns unfassbar. Mitten aus der Arbeit im Rahmen der Arabischen Kulturwoche heraus-gerissen, empfinden wir seinen Tod als einen großen menschlichen und künstlerischen Verlust. Awni Karomi war ein Botschafter zwischen den Kulturen. Er trat ein für den Dialog, knüpfte Kontakte und brachte Künstler aus verschiedenen Ländern zu kreativer Theaterarbeit zusammen. Es war ihm immer ein Anliegen, die Dinge in Bewegung zu halten und Brücken zu bauen. Das Theater und die Bühne waren sein Leben, die er mit viel Einsatz und Leidenschaft vertrat. Wir haben einen sehr liebenswerten und sanften Menschen verloren, der immer bereit war, sich zu engagieren. Sein stets lebendiges, warmherziges und hilfsbereites Wesen wird vielen Menschen in Erinnerung bleiben. Er arbeitete derzeit an mehreren Produktionen und hatte noch so viel vor. Besonders am Herzen lagen ihm die Stücke: „Kaffee im Haus Zara Naor“, Esther Dischereit, Deutschland; „al-Saddada“ (Der Staudamm), Saleh Karame, Vereinigte Arabische Emirate; „al-Sharid“ (Das letzte Band), Samuel Beckett, Irland; „Der Zeuge“, Farouk Mohammad, Irak. Für das Masrah-Theater und seine Mitglieder ist Dein Ableben äußerst schmerzlich. Wir werden Dich und Deine aktive Art, die Motor für unzählige Aktivitäten war, sehr vermissen. Aber wir sind in Gedanken bei Dir und bei Deiner Familie, der wir in dieser schweren Zeit ganz viel Kraft wünschen.

V.i.S.d.P.: Masrah-Theater e. V., Berlin. Kontakt: Monika Kadur - Tel. ++49-30-851 51 73  
Email: [Mokamasch@arcor.de](mailto:Mokamasch@arcor.de)

### **Nächste Sitzungen des Flüchtlingsrates:**

im Berliner Missionswerk, Georgenkirchstr. 70, Raum 1203

am 28. Juni 2006 14.30 Uhr (Kein Fußball-WM-Spieltag)

(Zu Gast ist Stefan Liebich, Fraktionsvorsitzender der Linkspartei.PDS im Abgeordnetenhaus)

Folgende Sitzung am 19. Juli 2006

Jens-Uwe Thomas, Berlin den 14. Juni 2006